



PRESSEMITTEILUNG

Schwerin, 29. Januar 2016

Aufarbeitung. Zwischen Zwangsvereinigung und Grenzregime

Stasi-Landesbeauftragte Drescher zu Bilanz 2015 und Vorhaben 2016

Die Beratung von Menschen, die in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR politisch verfolgt wurden, die Leid und Unrecht erlebt haben, ist der Arbeitsschwerpunkt der Behörde der Landesbeauftragten. Seit Jahren verzeichnet die Landesbeauftragte bei den Beratungsangeboten eine Nachfrage auf hohem Niveau. „Wir erleben, dass sich zunehmend auch folgende Generationen mit der politischen Verfolgung ihrer Angehörigen auseinandersetzen“, berichtete die Landesbeauftragte für MV für die Stasi-Unterlagen Anne Drescher. Die Generation der Kinder und Enkel stellt Fragen, sie interessieren sich für die Themen der Aufarbeitung. „Vermittlung von Geschichte gelingt durch Authentizität, von Personen, Orten, Materialien.“ Mit einem Projekt multimedialer Aufzeichnung von Gesprächen mit Zeitzeugen im fortgeschrittenen Alter werden deren Erinnerungen für folgende Generationen bewahrt und für die künftige politische Bildung nutzbar gemacht.

Die Landesbeauftragte Anne Drescher informierte am 29. Januar 2016 auf ihrer Jahrespressekonferenz über die 2016 geplanten Veranstaltungen, Forschungsprojekte und Publikationen und zog mit der Vorstellung des Tätigkeitsberichts und der 2015 herausgegebenen Publikationen eine Vorjahresbilanz.

1.257 Bürger wandten sich 2015 an die Bürgerberatung der Landesbeauftragten. Darunter sind viele ehemalige Heimkinder, die nach Ablauf der Meldefrist für den Fonds Heimerziehung am 30.09.2014 in Fragen der Schicksalsklärung Unterstützung suchten. Die für knapp 4.000 ehemalige Heimkinder zuständige Anlauf- und Beratungsstelle „Heimerziehung in der DDR“ ist im letzten Jahr von drei auf dreizehn Mitarbeiter gewachsen. Nach der erheblichen Aufstockung des Fonds Heimerziehung sollen der Beratungsprozess bis 30.09.2017 abgeschlossen und die Arbeit des Fonds bis 31.12.2018 beendet werden.

Bei der Erforschung historischer Wirkungen und der Aufarbeitung von Diktaturfolgen im regionalen Kontext bewegt sich die Arbeit der Landesbeauftragten 2016 thematisch zwischen der Zwangsvereinigung von SPD und KPD im April 1946, dem Mauerbau im August 1961 sowie dem Grenzregime bis Ende 1989 in vielfältigen Formaten zwischen Gedenkveranstaltung und Grenzradtour.

Als Höhepunkt richtet in diesem Jahr die Landesbeauftragte im April in Rostock den Bundeskongress der Konferenz der Landesbeauftragten sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Opferinitiativen aus. Vor 70 Jahren wurden in der Sowjetischen Besatzungszone SPD und KPD zur SED zwangsvereinigt. Die Besatzungsmacht und ihre Helfer unterdrückten brutal jeglichen Widerstand gegen die Sowjetisierung des Parteiensystems auch von Mitgliedern der bürgerlichen Parteien. Der Kongress wird diese Prozesse thematisieren, mit ähnlichen Entwicklungen in anderen Ländern Ostmitteleuropas im Machtbereich der Sowjetunion bei der Durchsetzung der kommunistischen Diktatur in Beziehung setzen und deren Folgen diskutieren.